

N I E D E R S C H R I F T

über die 30. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften

vom:	23.01.2003
von:	16:00 Uhr
bis:	17:45 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften:

Stv Schulze, Werner - als Vorsitzender
AM Boldt, Axel
Stv Daus, Anny - für Stv Stahl, Markus
AM Haas, Herbert - für Stv Müller, Manfred
AM Kiel, Horst Willi
Stv Klöpperpieper, Rolf - für Stv Mues, Gunter
Stv Moll, Ilona
AM Neumann, Hildegard
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Schiemer, Hansgeorg - ab 17.00 w. TOP 7
AM Schuß, Lothar
Stv Steuber, Burkhard
AM Wehn, Wolfgang - für Stv Schiemer, Hansgeorg bis 17.00 Uhr
Stv Wunderlich, Horst

II. Beratende Mitglieder:

AM Delius, Friedmund
AM Schmidt, Lothar - für AM Schwerdfeger, Walter
AM Schnutz, Eberhard

III. Von der Verwaltung:

BM Stötzel
Städt. VD Kühn
Städt. VR Weber
Städt. VR Scholze
Dipl.-Ing. Weidt
Dipl.-Ing. Diehl
VA Ohrndorf
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Müller, Manfred
Stv Mues, Gunter

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Herr Schnutz bittet, wie in der Vergangenheit den Punkt VERSCHIEDENES im nicht-öffentlichen Teil auch am Ende des Abschnittes "Stadtentwicklung/Wirtschaftsförderung" vorzusehen.

Es besteht Einvernehmen, dieser Bitte bereits in der heutigen Sitzung nachzukommen.

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Kiel bestimmt

2. Genehmigung der letzten Niederschrift

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

5. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.12.2002 im Fachbereich 1 - Stadtentwicklung, Strukturförderung, Liegenschaften und Statistik - (Vorläufiges Abschlussergebnis 2002)

Vorlagennr. 2435/2003 - Vorlage vom 06.01.2003

- ◆ Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften nimmt den Sachstandsbericht zum Haushaltsvollzug per 31.12.2002 im Fachbereich 1 - Stadtentwicklung, Strukturförderung, Liegenschaften, Statistik - einschließlich der Daten zum *vorläufigen* Jahresabschlussergebnis gemäß dem Sachverhalt und der Anlage zur Kenntnis.

6. Beratung des Entwurfs von Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2003 und des Investitionsprogramms 2002 - 2006

Vorlagennr. 2430/2003 - Vorlage vom 16.12.2002

Herr Weber erläutert eingehend die Eckdaten des Haushaltsentwurfes und stellt insbesondere die negative Entwicklung und die Ursachen dar.

Herr Kiel bedauert den erheblich eingeschränkten Handlungsspielraum. Angesichts der Ankündigung der CDU-Fraktion eigene Änderungsvorschläge zu machen und der Tatsache, dass diese noch nicht bekannt sind ist der Haushaltsentwurf nach Auffassung der SPD-Fraktion keine Beratungsgrundlage.

Zudem stellt sich die Frage, ob die seit mehreren Jahren eingeplanten, aber noch nicht realisierten Einnahmen aus Aktienverkäufen weiterhin von der Aufsichtsbehörde bei der Genehmigung des Haushaltes akzeptiert werden.

Die SPD-Fraktion lehnt eine Beschlussempfehlung ab.

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften berät sodann die in seine Zuständigkeit fallenden Haushaltsansätze.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften empfiehlt im Rahmen seiner Zuständigkeit dem Rat der Stadt Siegen, den Entwurf von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2003 einschließlich des Investitionsprogrammes 2002 - 2006 zu beschließen.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 5 dagegen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN , 1 Enthaltung (UWG)

7. Parkraumbewirtschaftung in Siegen, Stellplatzablösesatzung

Vorlagenr. 2452/2003 - Vorlage vom 07.01.2003

Namens der CDU-Fraktion begrüßt Herr Wehn die Berücksichtigung der Anregungen aus den vergangenen Diskussionen.

Herr Kiel bedauert persönlich, dass ein Verzicht auf Ablösebeiträge im Einzelfall künftig nicht mehr möglich sein wird.

Die Frage von Herrn Panthöfer wird wie folgt beantwortet:

Die Parkgebührenregelung in Weidenau gilt bis zum 31.12.2005.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

1. die **Neueinteilung der Gebietszonen** für die Stellplatzablösesatzung für das Stadtgebiet Siegen und
2. die **Neufassung der Stellplatzablösesatzung** gemäß der der Vorlage beige-fügten Anlage 1.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Fachbereichsleiter 1
Bearbeitet von: Herrn Kühn / Herrn Scholze

Datum
0.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften

23.01.2003

Betreff:

**Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.12.2002 im Fachbereich 1 -
Stadtentwicklung, Strukturförderung, Liegenschaften und Statistik - (Vor-
läufiges Abschlussergebnis 2002)**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften nimmt den Sachstandsbericht zum Haushaltsvollzug per 31.12.2002 im Fachbereich 1 - Stadtentwicklung, Strukturförderung, Liegenschaften, Statistik - einschließlich der Daten zum *vorläufigen* Jahresabschlussergebnis gemäß dem Sachverhalt und der Anlage zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

In der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zum Haushaltsvollzug im **Verwaltungshaushalt** werden das Fachbereichsbudget sowie der Bewirtschaftungsstand zum 30.04., 31.07. und 31.10. des Jahres 2002 ausgewiesen.

Die Darstellung umfasst darüber hinaus die Daten zum vorläufigen Jahresabschlussergebnis 2002 und die daraus resultierenden Abweichungen zu der vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Soll-Vorgabe.

Die Berichterstattung über die Budgetabwicklung erfolgt verwaltungseinheitlich nach vorgegebenen Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungshaushaltes. Die Persönlichen Ausgaben lt. SN A sind Bestandteil der zentralen Berichterstattung über den Gesamthaushaltsvollzug!

Sofern die Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis in erheblichem Umfang (*negativ*) von der Budgetvorgabe 2002 abweicht, sind die maßgeblichen Gründe hierfür erläutert. Andererseits wird in der Konsequenz aufgezeigt, durch welche Entscheidungen (z. B. Verzicht auf die Durchführung vorgesehener Maßnahmen der Höhe und/oder dem Grunde nach) das beschlossene Budget in 2002 dennoch eingehalten werden konnte.

Verwaltungshaushalt:

Bewirtschaftungsstand 31.12.2002

	HH-Soll €	AO-Soll 30.04.2002 €	AO-Soll 31.07.2002 €	AO-Soll 31.10.2002 €	Vorläufiges Jahres- ergebnis €	Abweichung vom H.-Soll 2002 (Budget)
Steuern, Allg. Zuweisungen	0	0	0	0	0	0
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	1.694.150	796.308	789.315	858.390	1.633.174	-60.976
Sonstige Finanzeinnahmen	26.000	14.918	14.918	15.856	33.762	7.762
Einnahmen gesamt	1.720.150	811.226	804.233	874.246	1.666.936	-53.214

Sonstige Personalausgaben	0	0	0	0	0	0
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	1.206.000	291.512	346.782	741.351	1.146.270	-59.730
Zuweisungen und Zuschüsse	63.150	40.903	41.123	220	18.282	-44.868
Sonstige Finanzausgaben	0	0	0	0	0	0
Ausgaben gesamt (ohne SN A)	1.269.150	332.415	387.905	741.571	1.164.552	-104.598

Überschuss	451.000	478.811	416.328	132.675	502.384	51.384
-------------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	---------------

Erläuterungen zu wesentlichen Abweichungen:

Das derzeitige *vorläufige* Jahresabschlussergebnis 2002 geht von einer Verbesserung des Budgets (= Überschussvorgabe) von rd. 51 T€ aus.

Die nachfolgende Auflistung verdeutlicht die wesentlichen Abweichungen von Einnahme- und Ausgabepositionen des Verwaltungshaushaltes im *vorläufigen* Jahresabschluss 2002:

Einnahmen

Landeszuweisung Gewerbeflächenkonzept	./. rd. 90 T€
Pacht aus Plakatanschlag	./. rd. 28 T€
Sonstige diverse Mindereinnahmen	./. rd. 8 T€
Mieten (städtischer Hausbesitz)	+ rd. 36 T€
Pachten	+ rd. 19 T€
Erbbauszinsen	+ rd. 10 T€
Ausschüttung der Waldgenossenschaften	+ rd. 8 T€
Kumulierte Mindereinnahmen	./. rd. 53 T€

Ausgaben

Planungen zur Stadtentwicklung (Gewerbeflächenkonzept)	./. rd. 172 T€
Bewirtschaftungskosten (Apollo-Theater)	./. rd. 19 T€

Zuschuss an Verbraucherberatungsstelle Siegen	./ rd. 41 T€
Sonstige diverse Minderausgaben	./ rd. 48 T€
Erbbauszinsen (Apollo-Theater)	+ rd. 51 T€
Unterhaltung der städtischen Wohn- und Geschäftsgrundstücke	+ rd. 10 T€
Bewirtschaftung der städt. Wohn- und Geschäftsgrundstücke	<u>+ rd. 115 T€</u>
Kumulierte Minderausgaben	./ rd. 104 T€

Dass sich das *voraussichtliche* Jahresabschlussergebnis im Fachbereich 1 in 2002 dennoch positiv gestaltet (Verbesserung i. H. v. rd. 51 T€), ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass der Zuschuss an die Verbraucherzentrale mit rd. 41 T€ nicht über den städtischen Haushalt, sondern aus Drittmitteln finanziert werden konnte.

Für das Haushaltsjahr 2003 ist hinsichtlich der erheblichen Ansatzüberschreitung bei der HSt. 1.880.5400.5 - Bewirtschaftung der Grundstücke - ein Mittelbedarf zur Abdeckung der Ausgabeverpflichtungen (Wasser, Kanal, Gas, Strom, Gebäudeversicherung, Grundbesitzabgaben etc.) - inkl. Nachmeldung vom 01.10.2002 - von insgesamt **520 T€** angemeldet worden. Hierdurch wird unter Berücksichtigung der auch weiterhin beabsichtigten Veräußerung städtischer (Wohn-)Gebäude eine Ansatzüberschreitung dann vermieden werden können.

Konsequenzen zur Einhaltung der Budgetvorgabe 2002:

Die vorgenannte Überschreitung ist durch Minderausgaben bei dem vom Rat für 2002 gebildeten Ausgabeansatz für die HSt. 1.610.6562.5 - Untersuchungen und Planungen zur Stadtentwicklung - von 180 T€ erreicht worden, ohne die gesetzten Planungsziele zu gefährden. Nach umfangreichen Abstimmungsgesprächen mit Landes- und sonstigen Behörden wurde der Antrag auf Änderung des Gebietsentwicklungsplanes (GEP) am 11.09.2002 den zuständigen Stellen übergeben. Die eingestellte Einnahmeerwartung aus Landeszuweisungen für das Gewerbeflächenkonzept mit 90 T€ kann andererseits in 2002 gleichfalls nicht mehr realisiert werden.

Für sich ab 2003 anschließende Planungsleistungen zur Weiterentwicklung des Gewerbeflächenkonzeptes müssten die erforderlichen Ausgaben einschließlich der zu erwartenden Landeszuweisungen neu veranschlagt werden.

Im Entwurf des Verwaltungshaushaltes 2003 sind hierfür bislang 100 T€ für Planungsleistungen sowie unterstellte Einnahmen aus Landeszuweisungen mit 50 T€ eingeplant.

Vermögenshaushalt: (siehe Anlage 1)

In der Anlage 1 ist das *vorläufige* Jahresabschlussergebnis 2002 im Fachbereich 1 *abteilungsbezogen* dargestellt. Die Ursachen für wesentliche Abweichungen sind erforderlichenfalls erläutert.

Notwendigerweise ist jedoch darauf zu verweisen, dass die ausgewiesenen Daten zum Jahresabschluss 2002 lediglich *vorläufigen* Charakter haben, da gerade im Vermögenshaushalt die Gestaltung des Jahresabschlusses maßgeblich von der Bildung von Haushaltseinnahme- und -ausgaberesten geprägt ist. Sofern bei Einzel- bzw. insbesondere Fortführungsmaßnahmen die Bildung von Haushaltsresten in der erforderlichen Höhe nicht erfolgt, wäre eine Neuveranschlagung in 2003 vorzunehmen!

Nähere Informationen zum Stand der investiven Einzelmaßnahmen können bei Bedarf in der Sitzung erfolgen.

Im Auftrag

Gerald Kühn

Anlage

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Gerald Kühn
Fachbereichsleiter

Anlagen: 2

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Fachbereichsleiter 1
Bearbeitet von: Herrn Gerald Kühn

Datum
16.12.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften

23.01.2003

Betreff:

**Beratung des Entwurfs von Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2003 und
des Investitionsprogramms 2002 - 2006**

Beschlussvorschlag:

Sachverhalt / Begründung:

Zur Beratung des Entwurfs von Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2003 und des Investitionsprogramms 2002 – 2006 sind in der Anlage die den Fachausschuss betreffenden Haushaltsstellen mit entsprechenden Fundstellen im Haushaltsplan und den dazugehörigen jeweiligen Vermerken zusammengestellt (Anlage 1).

Für die beratenden Mitglieder ist zudem ein Auszug aus dem Haushaltsplan beige-fügt (Anlage 2).

Im Auftrag

Gerald Kühn

Anlagen

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Gerald Kühn
Fachbereichsleiter

Anlagen: 27

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Wirtschaftsförderung
Bearbeitet von: Frau Zilz

Datum
07.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften	23.01.2003
Haupt- und Finanzausschuss	29.01.2003
Rat	05.02.2003

Betreff:

Parkraumbewirtschaftung in Siegen, Stellplatzablösesatzung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

1. die **Neueinteilung der Gebietszonen** für die Stellplatzablösesatzung für das Stadtgebiet Siegen und
2. die **Neufassung der Stellplatzablösesatzung** gemäß der dieser Vorlage beigefügten Anlage 1.

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 28.11.2001 die Vorlagen 1393/01 und 1393/01A zur erneuten Beratung an den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften zurückverwiesen.

Dabei wurde die Verwaltung beauftragt, die Abgrenzung und Zuordnung der Gebietszonen nochmals zu überprüfen und einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

Eine nochmalige eingehende Diskussion innerhalb der Verwaltung erbrachte folgendes Ergebnis:

1. Neueinteilung der Gebietszonen für die Stellplatzablösesatzung:

Hauptansatzpunkt für die Neueinteilung der Gebietszonen im Stadtgebiet waren die städtebaulichen Veränderungen der vergangenen Jahre und die nicht mehr angemessene Abstufung der Zonen untereinander. Die letzte Anpassung der Gebietszonen erfolgte bekanntlich im Jahr 1993. Es ist sinnvoll die Grenzen der Gebietszonen fließend ineinander übergehen zu lassen.

Aufgrund der besonderen Situation der Siegener Oberstadt ist vorgesehen, diesen Bereich künftig als Zone II „Historische Altstadt“ zu kennzeichnen. Die Zonen I Siegen-Mitte und Weidenau-Mitte sollen künftig schwerpunktmäßig den direkten Geschäftsbereich mit überwiegend gewerblicher Nutzung erfassen. Zielsetzung ist, die an die Zentren angrenzende Wohnbebauung der Zone II zuzuordnen.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass bei der Einteilung der Gebietszonen die Gesamtstruktur des Stadtgebietes mit den jeweiligen Siedlungsschwerpunkten nach dem Flächennutzungsplan (FNP) betrachtet wurde. Die Siedlungsschwerpunkte befinden sich in Siegen, Weidenau, Geisweid und Eiserfeld. Bei diesen vier Siedlungsschwerpunkten gemäß FNP sowie in den angrenzenden Randbereichen erfolgte schwerpunktmäßig die Gebietszoneneinteilung.

Zum besseren Verständnis wird erneut darauf hingewiesen, dass **das gesamte Stadtgebiet in drei Gebietszonen** eingeteilt wurde. Die farblich gekennzeichneten Flächen stellen die Zonen I und II dar. Bei den nicht gekennzeichneten Flächen handelt es sich um die Gebietszone III und somit um das übrige Stadtgebiet. Mithin greift die Stellplatzablösesatzung auf sämtlichen Bauflächen des Stadtgebietes Siegen.

Im Einzelnen werden folgende Änderungen der Gebietsabgrenzungen gegenüber der ursprünglichen Satzung vorgeschlagen:

Siegen-Weidenau

Die Gebietszone I wird im Bereich Waldhausstraße, Flurstraße, Charlottentalstraße, Bismarckstraße, Auf dem Mühlengraben zurückgenommen, da hier derzeit und auch zukünftig keine Entwicklungen zu erwarten sind, die eine Einstufung in Zone I (Geschäftsbereich) rechtfertigen. Die in erster Linie durch eine Wohnnutzung geprägten Flächen werden bei der Neueinteilung der Zone II zugeordnet.

Siegen-Mitte

Die Gebietszone I wurde entsprechend der jüngsten Entwicklung des Geschäftsbereiches in der Unterstadt mit City-Galerie und Hauptpost über den Bahnhof bis zur HTS in nordwestlicher Richtung ausgedehnt. Der Bereich der Historischen Altstadt wurde ebenso über das Areal zwischen Spandauer Straße, Obergraben und Löhrtor der Gebietszone II zugeordnet und damit herabgestuft. Dies geschieht in erster Linie um einen abgestuften Übergang zwi-

schen Zone I und Zone III zu erreichen und Gebiete mit ähnlicher Struktur in Randlage zur Innenstadt gleich zu behandeln.

Die Fläche entlang der Weiß zwischen Löhrtor, Frankfurter Straße, Hainer Hütte und Lohgraben wurde in die Gebietszone II aufgenommen, da sich hier seit einiger Zeit städtebauliche Veränderungen anbahnen, die u. a. durch die Aufgabe von gewerblich-industriellen Nutzungen ausgelöst werden. Die hier neu entstehenden Einzelhandels- und Dienstleistungsstrukturen sind durchaus mit anderen der Zone II zugeordneten Gebieten – wie Kaisergarten, Sieghütte, Hammerhütte und Leimbachtal – zu vergleichen und sollten zukünftig auch so behandelt werden.

Siegen-Eiserfeld:

Die vorgeschlagene Ausweitung der Gebietszone II an der **Eiserfelder Straße** ist vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Einzelhandels- und Dienstleistungsbereich der letzten Jahre und der Vergleichbarkeit mit verschiedenen Bereichen in Siegen-Mitte, Siegen-Weidenau und auch Siegen-Geisweid zu beurteilen.

Die Flächen entlang der B 62 zwischen Hallenbad und IHW-Park sind durch die Ansiedlung der verschiedensten Einzelhandelsbetriebe (Biker-Laden, Ofen-Studio, Lidl, Fitness-Studio etc.) strukturell der Ortsmitte Eiserfeld zuzuordnen und sollten zukünftig auch in Fällen der Zahlung von Stellplatzablösebeträgen so behandelt werden. Damit wird der Grundsatz der Gleichbehandlung in den Siedlungsschwerpunkten der Stadt Siegen weitestgehend gewahrt.

2. Inhaltliche Anpassung der Stellplatzablösesatzung:

Mit Novellierung der BauO NRW vom 01.03.2000 haben sich wesentliche Änderungen für die Satzungsermächtigungen nach § 51 BauO NRW und deren Inhalte ergeben.

Die Begründung des Landtages zur Neufassung lautet wie folgt:

Die Neufassung des § 51 soll dazu führen, dass Stellplätze erst nach Überprüfung des im Einzelfalls zu ermittelnden Bedarfs für notwendig erachtet werden mit dem Ziel einer verbesserten Abstimmung der Errichtung von Stellplätzen auf privaten Grundstücken mit der Verkehrssituation in der jeweiligen Gemeinde sowohl im Bereich des Individualverkehrs, als auch im Bereich des ÖPNV. Damit soll der bisherigen Verwaltungspraxis begegnet werden, in der Regel ohne konkrete Bedarfsanalyse die Richtzahlentabelle zugrunde zu legen.

Bei der neuen Satzung (vgl. Anlage „Synopsis“) ist dies wie folgt zu berücksichtigen:

- ▶ Die **Ermächtigung die Zahlung von Ablösebeträgen auszusetzen**, wenn nachweislich der ÖPNV durch Job-Tickets genutzt wird (ehemals § 51 Abs. 6 BauO NRW 1995) entfällt. Der Wegfall dieser Ermächtigungsgrundlage hat zur Folge, dass die bisherigen Regelungen des § 5 Abs. 3-6 der Stellplatzablösesatzung unwirksam sind und künftig wegfallen.
- ▶ Die **Ermächtigung Verzichtssatzungen zu erlassen** (ehemals § 51 Abs. 5 Nr. 2 BauO NRW 1995) ist ebenfalls entfallen. Daraus resultiert,

dass die bisherigen Regelungen des § 5a unwirksam sind und in die neue Satzung nicht einfließen dürfen. Auf Ablösebeträge kann künftig generell nicht mehr verzichtet werden.

Entscheidende Auswirkungen auf die Genehmigungspraxis hat der Wegfall der Verzichtssatzung, besonders für Vorhaben im Bereich der Oberstadt, während die „Jobticketregelung“ bisher nie in Anspruch genommen wurde.

Lösungsansätze zur Kompensierung des Wegfalls der Vergünstigungsregelung im Bereich der Oberstadt bietet der § 51 BauO NRW bei der Ermittlung des Stellplatzbedarfs durch folgende Regelungen:

- ▶ Orientierung am tatsächlichen Bedarf des Einzelfalls
- ▶ Berücksichtigung der örtlichen Verkehrssituation und der ÖPNV-Anbindung
- ▶ Bei Änderung im Bestand wird die Stellplatzfrage nur bei wesentlichen Änderungen der Anlage oder bei wesentlichen Änderungen der Nutzungsart untersucht (großer Ermessensspielraum).

Unabhängig von diesen Lösungsansätzen, sei an dieser Stelle erneut darauf hingewiesen, dass die Siegener Oberstadt (historische Altstadt, alle Flächen innerhalb der alten Stadtmauer) künftig der Gebietszone II zugeordnet ist.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

nicht unmittelbar

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen

Finanzielle Auswirkungen

ja	<div style="display: flex; align-items: center; justify-content: center;"> <div style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg); border: 1px solid black; padding: 5px;"> X n i c h t u n m i t t e l b a r </div> <div style="margin: 0 10px;">nein</div> </div>
----	---

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel
Bürgermeister

Anlagen: 5